

Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 12/13

Halle (Saale), 10. Juli 1931

7. Jahrgang

Frauen rufen zum Frieden

Vor kurzem hat Gerhart Hauptmann seine warnende Stimme erhoben und die Deutschen ermahnt, vom Erbübel, vom Erb-laster, von der Streitsucht im Innern abzulassen. Diesem Dichter ist eine Frau mit dem gleichen Rufe gefolgt. Dr. Marie Elisabeth Lüders, Vorstandsmitglied der Staatspartei, hielt im Rundfunk einen Mahnruf zum Frieden und sagte u. a.:

„Zum zweiten Male in einem halben Menschenalter liegt das Schicksal der Welt in Europas Händen. — Zum zweiten Male dringt der beschwörende Ruf aller, denen die Idee des Friedens Glaube und Wille ihres Lebens und Wirkens ist, hinaus. Mit ihm mischt sich die warnende Stimme derer, die mit wachen Augen und nüchternem Verstand die Sturmflut voraussehen, in der Länder und Völker versinken müssen, wenn sie blind bleiben gegen den noch nicht verloschenen Widerschein des Krieges, wenn sie taub bleiben gegen das klagende Echo der Millionen Verwundeten und Sterbenden. Zu diesen Stimmen gesellt sich das jammervolle Bitten hungernder Kinder, das schwache Stöhnen der hilflosen Alten.

Wen verfolgten diese Töne nicht, wen nicht der Schatten all der hoffnungslos gebeugten Gestalten Tag und Nacht? Wem würde nicht jede Freude vergällt, in der Erinnerung an so grauenvolle Opfer und Leiden? Wer zermarterte nicht das Gehirn, um diesen Qualen ein Ende zu machen?

Wir wissen in Deutschland, was dieser Krieg im Frieden bedeutet! — Wir wissen, wie die Not von heute und die Angst vor dem Elend von morgen Millionen an Leib und Seele zerbrochen hat, wie sie, aller Hoffnung beraubt, jedem Glauben fluchend, verwirrt und verängstigt, ziellos und hemmungslos hierhin und dorthin getrieben werden. — Wir wissen, wie die verzweifelten Massen ohnmächtig nach außen — ihrem eigentlichen Wesen fremd — begonnen haben, die Hand im eigenen Land gegeneinander aufzuheben. — Wir wissen in Deutschland, wie die versengende Glut des Hasses und der Feindschaft alles zu vernichten droht: die wirtschaftliche Kraft, den sozialen Frieden, die Güter menschlicher Kultur und Gesittung. Wir wissen, wie aus dem allen unaufhaltsam das politische Chaos aufsteigt.

Wir wissen auch, daß alle Kraftanstrengungen unserer eigenen Regierungen, daß alle Opfer unseres Volkes allein nicht im Stande sind, uns, und durch uns, die Welt vor der Katastrophe, die dann von uns ihren Ausgang nimmt zu bewahren. Wir wissen aber, daß die Kräfte der ganzen Welt sich vereinen müssen, daß nur der vereinte Wille zum Frieden den Glauben

Friedrichstr.
Universitätsbibliothek

A 1



an die **Möglichkeit** des Friedens wieder aufrichten kann, und daß nur in seinem Schutz die durch sich selber bedrohte Welt der gefährvollen Wirrnis, in die sie verstrickt ist, entrissen, werden kann.

Es ist leicht vom Frieden zu sprechen, so leicht, der Idee des Friedens zu huldigen. Aber es ist unendlich schwer, jeder an seinem Teil, den Frieden so zu **wollen**, daß der Friede zur Tat wird. — Alte Erinnerungen müssen versinken, ein neuer Glaube muß aufgerichtet, neue Ausblicke eröffnet werden, als sicherer Grund für das Lebensrecht jeder Nation, nicht im Kampfe aller gegen alle, sondern in der gewollten Verbundenheit aller. — Das ist um so schwerer, weil es keine natürliche Uebereinstimmung des geschichtlichen Lebens der einzelnen Völker gibt, sondern weil jene Verbundenheit den gewollten und bewußten Verzicht eines jeden Volkes um des Friedens aller willen verlangt. Wir wissen auch, daß an diesem Verzicht die Völker nicht alle gleich schwer zu tragen haben, wie sie nicht gleich schwer im Kriege, nicht gleich schwer durch den Frieden zu leiden hatten. Wer aber sein eigenes Volk retten will, wer sich mitverantwortlich fühlt für das Leben und die Zukunft seiner Nation, kann nur diesen Weg zum Frieden gehen. Einen anderen gibt es nicht.

Das deutsche Volk hat erneut die schwersten Lasten sich auferlegen lassen, um von sich aus zu diesem Opfer beizutragen, weil es weiß, daß ihm nur eine kurze Spanne Zeit, nur noch ein Bruchteil an Kraft geblieben ist, im Kampfe mit der Massennot, die alle sozialen Bande zerreißen und alle politischen Bindungen sprengen muß — **aber nicht nur in Deutschland.**

Nicht um zu klagen erhob Deutschland seine Stimme, sondern um zu **retten**. Das zu erkennen bitten wir vor allem die Millionen Frauen, die in jahrzehntelanger Arbeit mit uns verbunden sind. Bitten wir vor allem die Frauen, ihre Stimme zu erheben, deren Staatsmänner noch wägend und zögernd vor den Pforten des neuen Friedens stehen, deren Parlamente immer noch rechnen, anstatt zu glauben. Wir rufen die Frauen auf, weil wir wissen, daß ihr Glaube und ihr Wille zum Frieden eine unendlich stärkere sittliche und politische Kraft ist, als die rechnende Klugheit und widerstrebende Zähigkeit, mit der sich die **alte** Welt zu behaupten sucht, die den Glauben nicht finden kann, der eben Berge versetzt!

Volksparteiliche Logik im Landesverband Halle-Merseburg

Der Landesverband hielt kürzlich eine Vorstandssitzung ab, in der nach Presseberichten der Vorsitzende, Stadtmedizinalrat Dr. Schnell, in einem Referat über die Beweggründe zum Vorstoß der D. V. bei der letzten Krise u. a. ausführte:

„Nicht negative Kritik oder unbesonnene Katastrophenpolitik habe die Reichstagsfraktion und Parteileitung bei ihrem Abrücken von Brüning geleitet, sondern der Entschluß, die Schlüsselstellung der Deutschen Volkspartei politisch auszuwerten zu folgerichtigerem Handeln der Reichsregierung an Stelle eines finanzpolitischen Flickwerks. Nicht der Sturz

Brünings, sondern dessen Zurückführung auf seinen Weg war das Ziel. Für den, der die Zusammenhänge kenne, zeige sich der „Umfall“ als konsequentes Fortschreiten der Partei auf dem seit den Reichstagswahlen nie verlassenen Wege“.

Daß Herr Dr. Schnell zugibt, die Volkspartei wollte in den Krisentagen ihre Schlüsselstellung auswerten, also unbedingt eine Rolle spielen, das ist vom ersten Tage an offenkundig gewesen und beweist wiederum nur das ihr eigene, konsequente Festhalten an dem Wege zur — „Katastrophenspielerei“. Wenn Dr. Schnell weiter angesichts der Tatsache, daß die Volkspartei im gefährlichsten Moment der Krise den Antrag der Oppositionsparteien auf Einberufung des Parlaments und einer damit verbundenen Entfesselung radikalster Agitation von links und rechts zu unterstützen willens war, behauptet, die Volkspartei habe das Kabinett Brüning, das sich bekanntlich mit Händen und Füßen gegen die Parlamentseinberufung und deren Folgen sträubte und gegebenenfalls mit seinem Rücktritt drohte, **nur auf seinen Weg zurückführen wollen**, so muß eine derartige Logik selbst Volksparteilern unverständlich bleiben. Außerdem hat dies Manöver dem deutschen Volke eine Milliarde gekostet, die durch Kündigung kurzfristiger Kredite seitens des Auslandes und durch Kapitalflucht dem Devisenbestande der Reichsbank entzogen wurde. Das wird doch auch wohl nach volksparteilicher Auffassung eine Katastrophe genannt werden müssen.

Der Reichstagsabgeordnete D. Cremer soll dann die Spaltung der Reichstagsfraktion in der kritischen Abstimmung nur auf eine verschiedene Auffassung über Taktik und Tempo des Vorgehens zurückgeführt haben. Ueber die Einstellung zu politischen Problemen habe völlige Einmütigkeit bestanden. Auch das ist schwer verständlich. Denn zur Debatte stand das wichtigste politische Problem, ob man dem deutschen Volke die Möglichkeit sich durchzuringen erhalten, oder es in die Katastrophe einer sich überschlagenden Diktatur hineintreiben wollte. Und bei dieser Sachlage stimmte die Fraktion zunächst mit zwei Stimmen Mehrheit für die Katastrophe, um am nächsten Tage wieder umzufallen.

Deutschnationaler Geschäftssinn

Von jeher ist vornehmlich der Geschäftssinn bei den Hugenberg-Anhängern gut entwickelt gewesen. Geld wird bei ihnen sehr groß geschrieben und um es zu kriegen, scheuen sie vor den politisch gewagtesten Mitteln keineswegs zurück. So versucht neuerdings der Vorstand des Landesverbandes Halle-Merseburg die amerikanische Initiative zur Erleichterung unserer Reperationlasten in einen Erfolg Hugenbergischer Katastrophopolitik umzubiegen und daraufhin Geld herauszuschlagen. Dabei wendet sich der Vorstand, auch in bekannter deutschnationaler „Großzügigkeit“ an Leute, die ihm ganz genau als Gegner Hugenbergischer Macht- und Phrasendrescherei bekannt sind. Was tut's! Geld nimmt man unbesehen, woher es kommt.

So ging auch einem unserer langjährigen Parteifreunde nachstehendes als „vertraulich“ bezeichnetes Schreiben zu:

„Unser Vaterland steht augenblicklich mitten im schwersten Ringen um Sein oder Nichtsein. Ob Amerikahilfe oder nicht, das deutsche Volk wird immer nur auf seines Wollens Stärke angewiesen sein. Dieses starke Wollen verkörpert in erster Linie die Deutschnationale Volkspartei unter ihrem Führer Hugenberg. Ohne ihn wären wir heute bezüglich der inneren Aufklärung und dem allgemeinen Wunsch nach Reparationsrevision längst noch nicht so weit. Mit seinen Warnungen, Mahnungen, Vorstößen und Volksbegehren rüttelte er nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt auf. Wir erinnern hier nur an den Brief Hugenbergs an Amerika vor zwei Jahren. Seinen Forderungen gibt Amerika jetzt erst nach. Heute stehen im Gegensatz zur Meinung vor Jahren fast alle Kreise auf dem Hugenberg-Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei.

Das Wirken und Arbeiten der Deutschnationalen Volkspartei muß erhalten bleiben. Die wirtschaftliche Not aber in allen Kreisen verhindert, daß aus den laufenden Beiträgen neben der Erhaltung und dem Ausbau der Organisation auch noch ein Kampffonds für die kommenden politischen Entscheidungen gebildet werden kann, wie wir ihn unbedingt brauchen.

Der Vorstand des Volksvereins Halle-Saalkreis der Deutschnationalen Volkspartei hat deshalb beschlossen, auch an Sie heranzutreten mit der Bitte, der regsamen nationalen Opposition ein Opfer zu bringen in Form eines angemessenen Geldbetrages. Wert legt der Vorstand darauf, daß Sie sich zu einer regelmäßigen laufenden Monatsunterstützung in Höhe von 5.— bis 30.— Mark oder mehr verstehen. Wenn Sie sich dazu nicht entschließen können, dann zeichnen Sie bitte einen größeren Betrag als unverbindliche Hilfe.

Den in der Anlage beigefügten Zeichnungsschein wollen Sie bitte ausfüllen und mittels des ebenfalls beiliegenden Freiumschlags an uns zurücksenden. Sollten Sie nichts von sich hören lassen, dann nehmen wir an, daß Sie den Besuch unserer Vorstandsmitglieder wünschen.

Wir hoffen indessen, an Ihr National- und Opfergefühl nicht vergebens appelliert zu haben und zeichnen mit vorzügl. Hochachtung ergebend usw.

Den zutreffenden Ausdruck dafür zu finden, daß man die Hoover-Aktion auf Hugenberg zurückführt, müssen wir unseren Lesern überlassen.

Der Zerfall der Wirtschaftspartei

Der Parteitag der Wahlkreisorganisationen der Wirtschaftspartei für den Wahlkreis Koblenz, Trier, Birkenfeld endete mit dem Austritt der gesamten Organisation aus der Wirtschaftspartei. 200 Delegierte nahmen an dem Parteitag teil. Führende Männer der Parteileitung, darunter Drewitz, bemühten sich, den Beschluß zu verhindern. Diese Versuche mißlangten aber. Der Parteitag

beschloß den Austritt der Wahlkreisorganisation aus der Partei. Auch der Wahlkreisverband Hessen-Nassau will austreten. Die Ortsgruppe Duisburg-Hamborn ist gleichfalls ausgeschieden. Die sächsischen Wahlkreise haben sich bekanntlich schon vor Monaten von Herrn Drewitz losgesagt. Es kracht also überall in dieser einst so großsprecherischen Partei. In ihr spielt sich jetzt dasselbe ab wie in der Hugenberg-Partei. Die Anhänger laufen in Scharen zu Hitler über. Die kurzsichtige Einstellung auf Propagierung reiner Sonderinteressen und die Benebelung durch Schlagworte durch die Parteileitung trägt ihre Früchte.

Der Reichstagsabgeordnete **Colosser** und der Landtagsabgeordnete **Danneberg** sind aus der Wirtschaftspartei ausgeschieden und zur Deutschen Staatspartei übergetreten. Sie bekennen damit, daß ein zusammengewürfelter Interessentenhaufen wie ihn die Wirtschaftspartei verkörperte, auf die Dauer keine staatserhaltende Politik zu treiben vermag. Abg. Colosser hat zudem schlimmste Korruptionerscheinungen in der Wirtschaftspartei öffentlich bloßgelegt. Wenn er jetzt in unsere Reihen eintritt und so auf dem Boden unserer politischen Grundsätze mit uns mitarbeiten will, dann mögen vielleicht einige unserer Parteifreunde dazu neigen, sich an die frühere politische Einstellung und einige Aussprüche des Abg. Colosser, als er noch zur Wirtschaftspartei gehörte, zu erinnern und daran ihre Bedenken knüpfen. So darf man nicht verfahren. Wir empfangen Herrn Colosser nicht mit Jubelrufen und Frohlocken. Für uns ist sein Uebertritt zur Staatspartei vor allem ein Beweis der Folgerichtigkeit unserer Politik, die jeden Denkenden und um das Allgemeinwohl von Staat und Volk besorgten Menschen, wenn nicht von heute auf morgen, so doch nach dem Durchlaufen mancher Wirnisse zu uns führen muß. Für uns ist das Entscheidende nicht, was Abg. Colosser als Wirtschaftsparteiler getan hat, sondern daß er jetzt die Grundsätze der Staatspartei anerkennt und mit uns mitarbeitet. In diesem Sinne ist sein Uebertritt zu uns zu begrüßen.

Aus dem Wahlkreisverband

EntschlieÙung

Der Vorstand der Deutschen Staatspartei im Wahlkreis Halle-Merseburg hat in seiner Sitzung am 24. Juni folgende EntschlieÙung gefaÙt und an die Reichsparteileitung zur Weitergabe an die Reichstagsfraktion übermittelt:

Der Wahlkreisverband ist sich des furchtbaren Ernstes der augenblicklichen Lage wohl bewußt und ist bereit schwere Opfer mit zu tragen, wenn sie gerecht allen Volkskreisen auferlegt werden. — Der Wahlkreisverband gibt seiner Bestürzung über die schweren sozialen Ungerechtigkeiten Ausdruck, die in der Notverordnung vom 5. Juni enthalten sind. Es wird erwartet, daß die sozialen Härten der Notverordnung nicht nur durch die Ausführungsbestimmungen gemildert werden, sondern daß die Notverordnung selbst ohne jeden Verzug Umgestaltungen erhält. Am dringlichsten sind die

Aenderungen in den Bestimmungen über die Versorgung der Kriegsoffer, die Kinderzulage, die Lohnsteuerrückerstattung und die Staffelung der Krisensteuer. Ganz verfehlt ist der Gedanke, die Wirtschaft durch Subventionen anzukurbeln.

Der Wahlkreisverband fordert deshalb

1. Umbau der Notverordnung im Sinne gleichmäßiger steuerlicher Belastung aller Berufsgruppen, Landwirtschaft, freie Unternehmer, Beamte, Angestellte und Arbeiter.
2. Verwendung etwaiger, aus Erleichterungen der Reparationslasten freiwerdender Mittel in erster Linie zur Beseitigung der durch die Notverordnung hervorgerufenen ungerechten und einseitigen Belastung, insbesondere sofortige Aufhebung der Kürzung des Kindergeldes.
3. Unverzögliche Inangriffnahme einer durchgreifenden Reichs- und Verwaltungsreform.
4. Kürzung der Uebergehälter der Beamten in der Landes- und Kommunalverwaltung, im auswärtigen Dienst, bei der Reichsbahn und der Reichsbank.

Der Wahlkreis nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Reichsregierung die außenpolitischen Verhandlungen zur Ablösung der deutschen Reparationslasten mit allem Nachdruck und mit allem Ernst betreibt und erwartet, daß die Reichsregierung sich mit demselben Nachdruck und demselben Ernst für die allgemeine internationale Abrüstung und für eine planvolle internationale politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit einsetzt ohne die eine Lösung der wirtschaftlichen Krise nicht möglich ist.

Halle, den 24. 6. 1931.

Deutsche Staatspartei
Wahlkreisverband Halle-Merseburg

Kreisverein Eckartsberga. Auf der am 24. 6. 1931 auf der Sachsenburg stattgefundenen Kreisversammlung der Staatspartei wurde folgende EntschlieÙung einstimmig angenommen und an die Reichsgeschäftsstelle weitergeleitet.

Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 ist geeignet den Glauben weiter Volkskreise an den Gerechtigkeitssinn der Reichsregierung zu erschüttern. Wir wissen, wie groß die Deutsche Not ist, wir sind auch bereit Opfer zu bringen. Wir verlangen aber eine gerechte Verteilung der Opfer.

Die letzte Notverordnung überbietet an Ungerechtigkeiten und unsozialem Geist alle bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Gehalts- und Lohnempfänger. Die Kreise mit dem niedrigsten Einkommen sind am schärfsten getroffen, die Beamten in den niedrigsten Ortsklassen um 1 % stärker belastet als die anderen. Ganz besonders töricht und unsozial ist die Maßnahme, die Kinderzulage für das 1. Kind um 50 % zu kürzen.

Während allen Volksschichten mit niedrigem Einkommen ganz gewaltige Opfer abverlangt werden, wird der leistungsfähige Besitz auffällig geschont und sogar entlastet. — Die Kreisgruppe Eckartsberga der Deutschen Staatspartei erhebt

gegen derartige Maßnahmen der Reichsregierung schärfsten Protest und erwartet von der Reichsgeschäftsstelle und der Parteileitung, daß sie nichts unversucht läßt diese Härten aus der Notverordnung zu beseitigen.

Halle. Der Berliner Stadtmedizinalrat von **Drigalski**, früher Leiter des Gesundheitsamtes in Halle, konnte kürzlich seinen 60. Geburtstag begehen. Herr von Drigalski war während seiner Tätigkeit in Halle unser Parteifreund und eine Zeit lang 2. Vorsitzender unserer Ortsgruppe. Nach seiner Uebersiedlung nach Berlin wirkte er auch dort als Mitglied der D. D. P. und trat nach deren Auflösung auch zur Deutschen Staatspartei über. Der Parteivorsitzende, Reichsfinanzminister Dietrich, hat Herrn von Drigalski anlässlich seines 60. Geburtstages ein herzlich gehaltenes Glückwunschsreiben zugehen lassen.

Goldenes Ehejubiläum. Am 9. Juli konnte unser Parteifreund Oskar Breitter mit seiner Gattin die Feier der Goldenen Hochzeit begehen. Oskar Breitter war schon vor dem Kriege ein eifriges Mitglied der „Freisinnigen Volkspartei“ und der späteren „Fortschrittlichen Volkspartei“. Er trat dann zur Deutschen Demokratischen Partei über und nach deren Auflösung zur Deutschen Staatspartei. Zum goldenen Ehejubiläum hat Herr Minister Dr. Schreiber seinen Glückwunsch ausgesprochen. Auch der Vorstand der Ortsgruppe Halle hat den lieben alten Gesinnungsfreund und seine Gattin beglückwünscht.

Herr Adolf Huth, der Seniorchef der Fa. A. Huth & Co. ist im fast vollendeten 86. Lebensjahr am 17. Juni verstorben. Der Entschlafene gehörte der D. D. P. seit ihrem Entstehen als Mitglied unserer Ortsgruppe Halle an und trat auch zur Deutschen Staatspartei über. Wir betrauern in dem Entschlafenen einen treuen Gesinnungsgenossen, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Die Frauengruppe Halle veranstaltete am 11. Juni für Mitglieder und Freunde der Partei eine stimmungsvolle Stein-Feier in der ländlichen Abgeschiedenheit eines Gartenlokals am Galgenberg. Studienrat **Dr. Lörcher** sprach über die Persönlichkeit und Bedeutung des Freiherrn vom Stein, dessen Schicksal so eng verbunden war mit dem Schicksal seines Volkes. Er verglich ihn jenem großen Führer des Alten Testaments, der seinem Volke das Land der Zukunft zeigte, das er im Geiste schaute und in das er selbst nicht einziehen durfte.

Für den Herbst — Mitte September — plant die Frauengruppe eine Zusammenkunft mit den Frauen des ganzen Wahlkreisverbandes. Es soll damit die Besichtigung der eigenartigen Pestalozzischule und ein Spaziergang durch die Siedlung des Südens verbunden werden. Anträge und Anfragen von Teilnehmerinnen erbeten an die Geschäftsstelle Gr. Brauhausstr. 30.

Bitterfeld. Die Monatsversammlung der Deutschen Staatspartei, Ortsgruppe Bitterfeld, stand unter dem Zeichen der schweren Wirtschafts- und Finanznot des Staates und der Gemeinden. Die Notverordnung wurde lebhaft debattiert und

kritisiert. Als besonders schwere Belastung wurde — außer der bis an die Grenze der Tragfähigkeit gehenden Inanspruchnahme des einzelnen — der Umstand empfunden, daß wiederum ein großer Teil der Lasten von der Arbeitslosenversicherung auf die Wohlfahrtsfürsorge durch die Gemeinden abgewälzt wurde. Freilich weiß die Ortsgruppe aber auch, daß es uns ebenso schwer fällt, die Notverordnung anzunehmen, wie es dem Ministerium schwer gefallen ist, sie zu beschließen. Die Ortsgruppe ist sich durchaus bewußt, daß jede staaterhaltende Partei, unbeschadet aller Kritik, die Notverordnung als unvermeidlich ansehen und hinnehmen muß.

Punkt 2 der Tagesordnung war ein Referat unseres Gruppenvorsitzenden im Stadtparlament Rettel über den städtischen Etat. Mit besonderer Freude begrüßt es die Ortsgruppe, daß die vermittelnde Tätigkeit der staatsparteilichen Stadtverordneten vollen Erfolg hatte, so daß — ein nachahmenswertes Beispiel — die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung über alle Parteigegensätze hinweg zur Einigkeit über den Etat gelangte, der zwar eine schwere, sicher aber auch die geringstmögliche Belastung für den einzelnen bringt.

Eisleben. Die Ortsgruppe veranstaltete zum Gedächtnis des 100. Todestages des Reichsfreiherrn vom Stein eine Gedenkfeier, zu der Mitglieder und Gäste zahlreich erschienen waren. Dr. Koerlin, Merseburg, sprach in einem von Musikstücken und Rezitationen umrahmten Vortrage über das Leben und Wirken dieses größten Mannes aus der Zeit der Befreiungskriege. Aus den Grundzügen seines Wesens: Freiheitsliebe, Vaterlandsliebe und Frömmigkeit entsprang die heroische Tat der Befreiung des preußischen Volkes aus den politischen, ständischen und wirtschaftlichen Fesseln des Mittelalters, die in ihrer Auswirkung von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung des ganzen deutschen Volkes wurde. Allen Intrigen des Hofes und hoher Militärs (York) zum Trotz setzte Stein sein großes Werk zum Segen unseres Volkes durch und es ist sein Verdienst, wenn die Befreiungskriege erfolgreich waren. Er ist im Gegensatz zu Friedrich dem Großen und Bismarck, die beide in erster Linie Preußen waren, durch und durch ein Deutscher, und Deutschlands Einigkeit ist das Ziel seines Strebens. Daß er 1815 bereits seine politische Laufbahn abschließen muß, ohne die von ihm vorgeschlagene Verfassung verwirklicht zu sehen, ist die Tragik seines Lebens. Für uns aber muß Steins Leben und Wirken ein Ansporn sein, alle Kräfte einzugliedern in das Ganze, damit sein Traum von einem freien, einigen und großen deutschen Volke Wirklichkeit werde und die Farben Schwarz-Rot-Gold im Lichte einer schöneren Zukunft über unserem Vaterlande wehen.

Mit dem gemeinsamen Gesange des Deutschlandliedes fand die Feier ihr Ende.

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).



Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 12/13

Halle (Saale), 10. Juli 1931

7. Jahrgang

Frauen rufen zum Frieden

Vor kurzem hat Gerhart Hauptmann seine warnende Stimme erhoben und die Deutschen ermahnt, vom Erbübel, vom Erb-laster, von der Streitsucht im Innern abzulassen. Diesem Dichter ist eine Frau mit dem gleichen Rufe gefolgt. Dr. Marie Elisabeth Lüders, Vorstandsmitglied der Staatspartei, hielt im Rundfunk einen Mahnruf zum Frieden und sagte u. a.:

„Zum zweiten Male in einem halben Menschenalter liegt das Schicksal der Welt in Europas Händen. — Zum zweiten Male dringt der beschwörende Ruf aller, denen die Idee des

Wirkens ist, hinaus. Derer, die mit wachen Augen die Zukunft voraussehen, in der Hoffnung, dass sie blind bleiben. Die Erscheinung des Krieges, das Echo der Millionen Stimmen gesellt sich zu den schwachen Stöhnen

nicht der Schatten Tag und Nacht? Wem die Erinnerung an so viele gemarterte nicht das Leben?

Der Krieg im Frieden heute und die Angst um Leib und Seele zerbricht, jedem Glauben und hemmungslos. Wir wissen, wie die Welt — ihrem eigenen Hand im eigenen Leben in Deutschland, der Feindschaft alles Kraft, den sozialen Sittung. Wir wissen, wie das Chaos aufsteigt. Die Forderungen unserer Völker allein nicht Welt vor der Katastrophe zu bewahren.

Die Welt sich vereinen und jeden den Glauben



Friedrich
Universitäts

A 1

